

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Abnehmer 1.50 M. für die Woche 6.10 M. für den Monat. Durch die Post 6.10 M. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8857.

Donnerstag, 17. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M., Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M., Reklame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich über deren Raum im Text 3.— M.

## Wie kann die Not aus der Welt geschafft werden? Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus.

Von Dr. E. Pawlowski.

Die Bedingungen, die der Reichshand der Industrie für die Kreditlinie an das Reich stellt, stellen klar die Frage, ob die Scherenschnittlinie und die Grobmasse der Staat verschluckt oder ob die merkantilistischen Massen durch den in ihr Berge zu verarbeiteten Staat diese unter ihre Kontrolle nehmen. Das Schicksal aus der Schrift des Genossen Pawlowski über den „Staat und Kapitalismus“ ist daher von höchst aktuellem Interesse und wird der besonderen Aufmerksamkeit der Leser empfohlen.

Die grundlegende Differenz zwischen unserer Steuerpolitik einerseits und jener der U.S.P., der S.P.D. und der bürgerlichen Parteien andererseits liegt in der Beurteilung des weiteren Schicksals der kapitalistischen Gesellschaft im allgemeinen und Deutschlands im besonderen. Alle unsere Gegner, die U.S.P. mit eingerechnet, sind der Meinung, die kapitalistische Gesellschaftsordnung durchläufe gegenwärtig eine „normale“ Krise, bloß verschärft durch die Kriegsfolgen. Wir hingegen meinen, daß es sich „nicht um eine Krise innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung handelt, sondern um eine Krise der kapitalistischen Gesellschaft selbst, innerhalb welcher die gegenwärtige Wirtschaftskrise im engeren Sinne nur eine Phase bildet.“ Alle unsere Gegner haben ihre Steuerpolitik auf der Voraussetzung auf, daß die Wirtschaft des Staates auf dem Wege der Gesundung ist und die staatlichen Ausgaben — ja selbst die Wiedergutmachungskosten — tragen kann. (Nur die Deutschnationalen stehen entschieden auf dem Standpunkt, daß die Wiedergutmachungskosten für Deutschland unerträglich sind.) Die Finanzkrise sei daher im Wesen eine Folge der schlechten Finanzpolitik. Wir hingegen betrachten die Finanzkrise als eine unvermeidliche Folge der Wirtschaftskrise, der Tatsache, daß die staatlichen Ausgaben das ganze Volkseinkommen in Anspruch nehmen; daß infolgedessen — bei allem Glanz der deutschen Arbeiterklasse — von dem Vermögen selbst gezehrt wird, daß die Wirtschaft Deutschlands sich nicht erholt, sondern daß der Verfall weiter schreitet. Wir sehen für die deutsche Arbeiterklasse eine Lösung bloß durch die soziale Revolution, nicht aber durch finanzielle Reformen!

Es wäre aber absolut verfehlt, hieraus den Schluss zu ziehen — wozu bei einigen Genossen die Meinung besteht —, daß daher jede positive Steuerpolitik zu verwerfen sei und alles auf die soziale Revolution eingestellt werden müsse. Eine solche negative, im Wesen passive Politik wäre aus vielen Gründen unrichtig: einige wollen wir hier anführen:

1. Ist die Analyse, welche wir über die Ursache der Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland gaben — und das gleiche gilt für alle mittel- und osteuropäischen Staaten —, richtig, so bedeutet jede Verschärfung der realen Einkommenverteilung zugunsten des Proletariats eine Verschärfung der Krise. Eine „positive“ Steuerpolitik in diesem Sinne wirkt daher nicht konservativ, indem sie die Arbeiterklasse zufriedenstellt — hiervon kann in dem gegenwärtigen Verfallstadium der deutschen Wirtschaft absolut keine Rede sein —, sondern revolutionisierend, indem sie die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft verschärft.

2. Ein Kampf für einen größeren Anteil am realen Wertprodukt der Gesellschaft ist auch deshalb unvermeidlich, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo das Proletariat nicht einmal das Existenzminimum verdient, eine physiologische Verelendung der Arbeiterklasse droht, deren Wirkung für den späteren Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft verhängnisvoll werden könnte! In der gegenwärtigen Krisenperiode ist innererlei Aussicht dafür vorhanden, daß die Bourgeoisie ihre Gewinne zur Verbesserung des sachlichen Produktionsapparats verwendet. Je länger die gegenwärtige Periode des labilen Gleichgewichts der Klassen anhält, einen desto herabgekommenen sachlichen Produktionsapparat wird die Bourgeoisie und hinterlassen. Wir müssen daher alle Kräfte anstrengen, um die menschliche Arbeitskraft vor der absoluten Verelendung durch das Kapital zu beschützen.

3. Sind wir auch dann überzeugt, und ist es auch objektiv richtig, daß es innerhalb des Kapitalismus keine Lösung für das deutsche Proletariat gibt, keinen Ausweg aus Not und Entbehrung, so weiß dies die Mehrzahl der deutschen Proletarier noch nicht! Sie können auch durch statistische Daten und logische Beweisführungen nicht hiervon überzeugt werden. Nur die Erfahrung kann sie dies lehren. Daher muß sich die kommunistische Partei an die Spitze des Proletariats stellen, seine Forderungen sich zu eigen machen, für sie mit Ausbütung aller Kräfte kämpfen, und das Proletariat überzeugen, daß diese Forderungen innerhalb des Kapitalismus nicht zu erkämpfen sind, oder, wenn sie es sind, sie die Lage des Proletariats nur in sehr bescheidenem Maßstabe verbessern.

Absolut richtig hat diesen Punkt der Genosse Stöcker in seinem Referat auf dem Parteitag behandelt:

„Wir müssen den Massen einen Weg zeigen, der sie scheinbar aus ihrer Not herausführt und ihnen vorübergehend eine gewisse Besserung ihrer Lage bringt. Wir müssen also in den kommenden Wochen und Monaten mit ganz konkreten Forderungen vor die Arbeitermassen treten, müssen uns an ihre Spitze stellen.“

Gericht einmal prinzipielle Einigkeit darüber, daß positive Steuerpolitik getrieben werden muß, mit dem Ziele, die

Menschheit sein. Auf der Erde ist Brot genug für alle Menschenkinder. Und dieses Wort ist wahr. Alle könnten wir glücklich sein. Und wer ist schuld an unserer Not? Es ist das dreimal verfluchte Wirtschaftssystem, das einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Menschen gestattet, viel Geld zu besitzen, sich damit Maschinen kaufen zu können, Fabriken zu erbauen, Bergwerke ihr eigen zu nennen, Nieder, Wälder, Schiffsstraßen usw. Und um nun aus allem Nutzen zu ziehen, benötigt die kleine Gruppe menschliche Arbeitskraft. Und das sind wir Arbeiter und Angestellten. Und kaufen sie dazu. Und der Kaufpreis ist so, daß wir kaum zu essen haben. An Kleidung dürfen wir schon gar nicht denken. O, ich brauche nicht aufzuzählen — und die anderen raffen Riesengewinne zusammen, erhöhen ihre Dividenden und erkrönen bald in ihrem Reichtum. Und nicht nur unsere Hände, unser ganzes Dasein haben sie gekauft, auch unser Denken, Fühlen, Wollen, unsere Seele. Von Jugend auf sind wir in ihrem Sinne erzogen worden. In ihren Schulen, ihren Kirchen, durch ihre Zeitungen, ihre Literatur werden wir zu „brauchbaren, tüchtigen Menschen“ für sie. Ihre Gesetze, ihre Polizei, ihr Militär sorgt für die für sie nötige „Ordnung“. In ihrem Interesse fanden Kriege statt, für sie ließen sich Arbeiter töten oder zu Krüppeln schlagen. Was sind wir? Wir sind nichts, da wir ganz die ihrigen sind. Und doch schaffen wir die Riesenerträge der ganzen Welt, wir drehen alle Räder, wir schwingen die Hämmer, wir bebauen die Acker, wir holen aus der Tiefe der Erde die Erze, die Kohlen, wir weben die feinsten Tücher, wir rechnen, schreiben und denken, denn auch der geistige Arbeiter ist gekauft. Und wenn wir wollten, ach wollten, könnten wir durch unserer Hände und Köpfe Arbeit die Menschheit glücklich machen, die Not beseitigen. Dazu gehört vor allen Dingen, sich geistig zu befreien. Darum, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes! denkt einmal anders, als man euch gelehrt. Denkt einmal: wir wären die Herren, wir hätten die Macht, alles umzugestalten. Seid einmal kritisch. Habt keine Lammsgebuld. Stellt Vergleiche an. Seht euch eure Mietskasernen an, in denen ihr wohnen müßt. Schaut nach den Feinen des Westens, und gerade die Frauen haben genug zu denken, wenn sie dem Manne, der schwerer arbeiten muß, nicht das ihm zukommende Essen geben können, wenn sie selber bis in die späte Nacht alles zusammenstopfeln an Kleidung, damit es ja noch länger aushält, denn kaufen können wir nichts. Und in den Warenhäusern liegen die wunderbaren Vollstoffe, Kleider, Strümpfe, Schuhe aufgestapelt, wir, unsere Kinder, brauchen nicht zu frieren. — Und nun erst die Arbeitslosen. Ihre Lage ist kaum auszu-denken.

Darum denkt nach! Dann weicht von euch der geistige Druck des Kapitalismus!

Nun habe ich das Wirtschaftssystem genannt und gegen das kämpft! Unser Fühlen, Wollen und Denken muß sich aufbäumen gegen alles Sklavische des Kapitalismus. Es gibt nur eins: Kampf gegen jede Institution, die euch unterdrückt, kämpft gegen die organisatorische Zusammenfassung eurer Sklaverei, den kapitalistischen Staat. Nicht sofort nach dem Sturz des Kapitalismus haben wir das Paradies, können wir alle Not mit einem Schlage beseitigen. Und einer Generation wird es bedürfen, um sich auch geistig zu befreien. Aber dann ist die Not aus der Welt geschafft und die Arbeit wird zum Segen der Menschheit. E. H.

Rein Tag, keine Woche vergeht ohne gewaltige Änderungen in den Kosten der proletarischen Lebenshaltung. Während noch gestern die notwendigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln mit 75 Mark, Butter mit 30 Mark und Schmalz mit 35 Mark erhältlich waren, stehen die Preise heute schon bei Kartoffeln auf 90 Mark, Butter 38 Mark und Schweinefleisch sage und schreibe gar auf 50 Mark. Wo soll dieser Zustand noch hinführen? Die Arbeiterschaft wird in der Verzweiflung zu Lohnforderungen getrieben, die Lohnforderungen finden wiederum keine Anerkennung, die Folge sind Streiks und Aussperrungen, Massenverelendung! Was hat nun bis heute der zunächst in Frage kommende Gewerkschaftsbund gegen den unerhörten Wucher und die grenzenlosen Schieberereien getan? Es ist Tatsache, daß selbst die bürgerlichen Frauen gegen diese unerträglichen Preise protestieren, während die Arbeiterfrauen heute noch räsonieren, wenn die Männer sich zu politischen und wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen und Organisationen zusammenschließen. Was tun heute die Rechtssozialisten gegen die wahnsinnige Wirtschaftsweise? Ist es verfehlt, wenn man mit der Bekämpfung des Wuchers zunächst bei den kleinen Händlern anfangen will. Auch der kleine Händler und Kaufmann ist gezwungen, die hohen Preise bei seinen Einfäufen zu zahlen, obwohl eine Kontrolle selbstverständlich behördlicherseits auch am Platze ist. Zunächst muß an der Quelle des Übels, in allen Betrieben, die mit der Erzeugung von Lebensmitteln und Bedarfsgütern beschäftigt sind, mit der Kontrolle angefaßt werden. Diese Aufgabe kann nur von den Betriebsräten erfüllt werden. Es erscheint daher dringend notwendig, daß die Betriebsräte in besonderen Konferenzen sofort zur Wirtschaftslage Stellung nehmen und Maßnahmen zur Kontrolle der Produktion und zur Verteilung des Massenbedarfs beschließen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß wichtige Lebensmittel ins Ausland verschleppt werden, daß die Großbetriebe Vorräte zurückhalten, bis sie mit dem ihnen sehr gefügigen Ernährungsministerium neue, hohe Preise festgesetzt haben. Die Betriebsräte würden eine große Unterlassungssünde an der gesamten Arbeiterschaft begehen, wenn sie nicht rasch und energisch eingreifen, besonders in den Betrieben der Lebensmittelherstellung, der Bekleidungsgegenstände sowie der Holz- und Kohlerzeugung.

Wie nun der Not am besten zu steuern ist, darüber haben sich zehn in verschiedenen Parteien organisierte Arbeiter eines Berliner Betriebes an eine Reihe bekannter Berliner Zeitungen, darunter auch an die „Rote Fabrik“ gewandt. Diese ist das einzige Blatt, das bisher eine Antwort erteilt, und zwar durch einen Arbeiter selbst. Er schreibt:

Diese Frage, die wir uns alle stellen, ist eine Frage, die in sich birgt unsere Sorgen, die Sorgen der Arbeiterschaft der ganzen Welt. In der Geschichte der Arbeiterbewegung, von den kleinsten Kämpfen bis zu den Riesenkämpfen der Gegenwart spielt sie eine große Rolle. Denn das ist das Entscheidende der sozialistischen Bewegung. Nicht nur die Lage der Arbeiterklasse soll durch sie gehoben werden, sondern die ganze Menschheit soll glücklich werden, soll keine Not leiden. Die Menschen insgesamt sollen den Segen der Entwicklung der Technik kennen lernen. Die Maschine soll nicht ein Fluch für die

### Passive Resistenz in der NAG-Oberschöneweide.

Berlin, 15. November.

Die Funktionäre der Arbeiter und Angestellten der Nationalen Automobil-Gesellschaft Berlin-Oberschöneweide beschlossen am Sonntag, angesichts der rapid steigenden Forderung eine sofort zahlbare Wirtschaftshilfe in folgender Höhe zu fordern:

- für verheiratete Angestellte 3600 Mark,
- für ledige 2800 Mark,
- für verheiratete Arbeiter 2000 Mark,
- für ledige 1500 Mark.

Am Montag früh wurde der Direktion die Forderung unterbreitet. Um den Vertretern bei den Verhandlungen die nötige Unterstützung zu verleihen, traten von 9 Uhr ab sämtliche Angestellte und Arbeiter in die passive Resistenz.

Die Angestellten und Arbeiter einer großen Anzahl Berliner Betriebe haben ähnliche Forderungen gestellt und werden sich in Betriebsversammlungen der nächsten Tage damit beschäftigen.

### Metallarbeiterstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. November.

Im Düsseldorfer Industriebezirk stehen seit heute früh 60 000 Metallarbeiter im Streik. Alle Betriebe und Hüttenwerke ruhen.

Aus der Vorgeschichte dieses gigantischen Kampfes wiederholen wir folgendes: Da die Steigerung der Lebensmittelpreise im besetzten Gebiet, besonders auch durch die Nähe der belagerten Grenze, über die jetzt die zur Erzeugung der be-

stehen Arbeiterschaft nötigen Lebensmittel in ungeheuren Mengen verschoben werden, holländische Ausländer das Land überschwemmen, sahen sich die Metallarbeiter gezwungen, eine 100-prozentige Lohnerhöhung zu fordern.

Die Unternehmer fügten zur Notlage der Metallarbeiter ihren Hohn und boten eine lächerlich geringe Zulage. Ein darauf erfolgter Schiedsspruch des Reichskommissars Mehlisch, der die Sachlage total verkannte, ging nur um einige Pfennige über das Angebot der Unternehmer hinaus. In einer Urabstimmung wurde der Spruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Eine Funktärkonferenz des D.M.V. beschloß darauf am 11. November den Streik.

### Streik der Maschinenfabrik Benz.

Mannheim, 11. November.

Der Metallarbeiterverband hat alle Verhandlungsmöglichkeiten bis an die äußerste Grenze erschöpft. Seine Vertreter unterbreiteten der Belegschaft Bedingungen zur Abkündigung, die den letzten Versuch einer kampflosen Verständigung bildeten. Mit über Dreiviertelmehrheit wurden diese Bedingungen abgelehnt. Delegationen aus anderen Betrieben wie auch die Gewerkschaftsvertreter anderer Organisationen haben sich bereit erklärt, den Kampf der Benzarbeiter zu unterstützen bezw. mit dem Metallarbeiterverband gemeinsam den Kampf anzunehmen.

### Streik der saarischer Textilarbeiter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der saarischer Textilindustrie sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer in der Frage der unbedingt notwendigen Lohnerhöhung keinerlei Entgegenkommen zeigten. Die Unternehmer haben nun mit der Aussperrung von 40 000 Arbeitern.



Entlohnungsverteilung zugunsten aller Arbeitenden — Arbeiter, Kleinsten, selbstarbeitenden Bauern und Handwerker — zu beeinflussen, so ist die Bekämpfung der Forderungen eine durch ökonomische Untersuchung der Abwägungsmöglichkeiten leicht zu entscheidende Frage. Sie muß sich richten nach den Grundsätzen, welche wir im Kapitel „Das Steuerproblem im Klassenstaat“ dargelegt haben. Die konkreten Forderungen, welche der Parteitag in seiner Resolution angenommen hat, bedürfen sich ungefähr mit diesen. In jedem einzelnen Falle wird es leicht festzustellen sein, auf Grundlage der marxistischen Theorie der Entlohnungsverteilung, ob eine Steuer — den Arbeitslohn als gegeben betrachtet — das Lohnverhältnis, den Profit oder die Rente trifft. (Ob eine Steuer durch Lohnsenkung wieder auf den Profit zurückgewälzt werden kann, ist keine Steuerfrage mehr, sondern eine Frage der Klassenverhältnisse.) Und eine Frage bleibt noch zu erörtern: die Frage des „Staatskapitalismus“.

Wir haben im Verlaufe unserer Untersuchung bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen rapiden Entwertung der Marktlage jede in Papiermark ausgeführte Steuer bis zur tatsächlichen Entwertung auf einen Bruchteil der geplanten steuerlichen Belastung zusammenschmilzt. Dies ist heute in Deutschland von jedem, der nicht im Solde der Bourgeoisie steht, anerkannt. Hiergegen schließt nur die Besteuerung der Sachwerte in ihrer Naturalform! Wir haben bei der Kritik der Silberdinglichen Vorschläge auch darauf hingewiesen, daß eine 20-prozentige Beteiligung des Staates die kapitalistischen Grundlagen der Produktion absolut unangefastet läßt und daher finanziell unwirksam ist. Um die Erfassung der Sachwerte wirksam zu gestalten, ist nötig:

1. Daß mehr als die Hälfte des Wertes an den Staat fällt.
2. Daß dies in seiner Naturalform, nicht in der Form von Hypotheken geschieht.
3. Daß hierdurch dem Staate die Möglichkeit gegeben wird, die ganze Wirtschaft unter seine Kontrolle zu bekommen, also die ganze Produktion und Güterverteilung einheitlich zu erfassen.
4. Daß diese Kontrolle nicht durch die kapitalistische Staatsbürokratie, sondern durch Organe der Arbeitenden ausgeübt wird!

Also für den Staatskapitalismus?  
Ja und Nein! Sicherlich nicht in dem Sinne, wie es die SPD- und USP-Leute meinen, daß der Staatskapitalismus gleichbedeutend wäre mit Sozialisierung, und daß wir noch eine lange Periode des Staatskapitalismus vor dem Sozialismus — unter Ausschaltung der Periode der Diktatur des Proletariats — durchmachen müssen. Ihnen gegenüber hatte die Genossin Clara Zetkin vollkommen recht, als sie auf dem Parteitag ausführte:

„Staatskapitalismus ist an und für sich durchaus keine proletarische Forderung.“

„An und für sich“ sicher nicht! Und ein Staatskapitalismus, in dem die Bourgeoisie die ungeschwächte politische Macht behält, ist ökonomisch für die Arbeiterklasse durchaus nicht vorzuziehen, vielleicht noch schlechter als der Privatkapitalismus. Trotzdem müssen wir dafür kämpfen, als für eine revolutionäre Übergangsmaßregel. Denn 1. wird die deutsche Bourgeoisie jeder Enteignung der Produktionsmittel in ihrer Naturalform den schärfsten Widerstand entgegensetzen, weil ihre ökonomische Machtstellung zum großen Teil auf der unmittelbaren Verfügung über die Produktionsmittel beruht. 2. Wird dieser Widerstand durch die einheitlich-revolutionäre Aktion des Gesamtproletariats gebrochen, die Enteignung und staatliche Kontrolle verwirklicht, so bedeutet dies, daß der Staat des Staatskapitalismus nicht mehr ein uneingeschränkter bürgerlicher Rechtsstaat sein kann. Der Kampf um den „Staatskapitalismus“ ist die staatliche Kontrolle der Produktion ist daher ein Kampf, der die ganze Arbeiterklasse, ja alle Arbeitenden den Ausbeutern gegenüberstellt. Und dann muß er durchgekämpft werden.

Die wichtigste dieser Kämpfe ist, beweist die oben erwähnte Proklamation Lenin, in welcher er — ohne die Enteignung überhaupt zu fordern — bloß die Kontrolle und die Zwangsfinanzierung der Banken, der Großindustrie und des Konsums fordert. Die politische Lage, in welcher Lenin diese Forderung im September 1917 aufstellte, war der gegenwärtigen deutschen sehr ähnlich: Koalition zwischen den Menschewik, Sozialrevolutionären und den Vertretern der Bourgeoisie. (Nur war dort die kommunistische Partei viel stärker und die militärische Kraft der Gegenrevolution geringer als gegenwärtig in Deutschland.) — Und die Tendenz dieser Proklamation war, den Kampf des russischen Volkes gegen dieses Regime zu konzentrieren, indem Lenin zeigte, wie die Koalition mit der Bourgeoisie zum Verrat der Menschewik und Sozialrevolutionäre an den Interessen des arbeitenden Volkes führt! Er forderte vor allem die Kontrolle der Produktion, des Gewinnes durch die „revolutionär-demokratischen“ Organe, die Ausschaltung des „Geschäftsheimlichen“, eines „Kontrollmonopolistischen Kapitalismus“ anstelle der privaten Monopole! Er forderte es als einen Schritt dem Sozialismus entgegen:

Ihr werdet sehen — schreibt er — daß der Kontrollmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Lande unentwärtbar einen Schritt zum Sozialismus bedeutet.

Denn wenn das größte kapitalistische Unternehmen monopolisiert wird — bedeutet es also das ganze Volk.

Denn dieses Unternehmen also ein Staatsmonopol geworden ist, in dessen Interesse leidet der Staat (das heißt zuvörderst die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, unter Bedingung des revolutionären Demokratismus) das Unternehmen? — Entweder im Interesse der Grundbesitzer und Kapitalisten, dann haben wir keinen revolutionär-demokratischen, sondern einen revolutionär-bürgerlichen Staat, eine imperialistische Republik — — oder im Interesse der revolutionären Demokratie. Dann ist es ein Schritt zum Sozialismus.

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts von dem kapitalistischsten Monopol. Oder ist der Sozialismus ist nichts anderes als ein kapitalistischstes Monopol, eingekauft zum Nutzen des ganzen Volkes und infolgedessen kein kapitalistisches Monopol mehr.

Wir sehen: der Kampf für den Staatskapitalismus ist nicht nur behauptbar notwendig, weil er die Kräfte aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter vereinigt: nicht nur deshalb, weil dies die einzige Möglichkeit ist, das Proletariat in der Übergangszeit vor dem imperialistischen Staat einzusetzen zu können; es ist ein wichtiger Schritt notwendig. Ohne vorherige Ausschaltung einer imperialistischen Staatsbürokratie würde der Übergang zum Aufbau der Gemeinwirtschaft in der Periode der Diktatur des Proletariats sehr erschwert.

## 1000 Mark Wochenlohn

muß heute mindestens jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte verdienen, wenn er auch nur annähernd das kaufen will, was er vor dem Kriege für den Lohn bekam. Auch der Lohn vor dem Kriege war erlumpelt.

Denkt daran!

Wir müssen in diesem Sinne für den Staatskapitalismus kämpfen. Wer sich aber davor fürchtet, daß der Staatskapitalismus zu einer Erstarrung der Bourgeoisie führt und daher für den revolutionären Kampf des Proletariats gefährlich werden kann, verrät hierdurch, daß er eigentlich nicht an das objektive Vorhandensein einer revolutionären Situation, nicht an eine Krise des Kapitalismus glaubt, sondern voraussetzt, daß sich der Kapitalismus durch eine staatliche Organisation noch lange erhalten kann. Die Furcht vor dem Siege in der Frage des Staatskapitalismus verrät ein Schwanken, verrät einen Mangel an Vertrauen auf die objektive Notwendigkeit einer siegreichen Revolution. —

## Politische Uebersicht.

### Was Sinnes will.

Die bürgerliche Presse und mit ihr der „Vorwärts“ hüllen sich angefangen der Bedingungen der Industrie in ein mehr oder minder berechtigtes Schweigen. Die offene Sinnespresse schreibt begeisterte Artikel, die anderen finden kaum halbe Proteste und suchen die ganze Frage als eine reine Eisenbahnfrage abzumachen.

Es ist aber mitnichten eine reine Eisenbahnfrage: mitnichten bloß eine Frage der Rentabilität der Eisenbahn. Das Schweigen und Herumreden der bürgerlichen Presse soll die breiten Massen über die wahre Bedeutung der Aktion der Industrie, über die ganze Tragweite des Raubplanes des Großkapitals hinwegtäuschen.

Was Sinnes will, das zeigen mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit Verurteilungen des Reichsverbandes der Industrie, Bucher, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht.

Handelt es sich um die Kreditanleihe und die Erfüllung des Ultimatum? Bücher sagt: „Man war sich von vornherein darüber klar, daß ein industrieller Kredit nur zur Sanierung des Reiches, nicht aber um unerfüllbare Forderungen abzutragen, dienen könne.“ Wir werden gleich sehen, was unter „Sanierung“ des Reiches verstanden wird.

Es handelt sich auch nicht um die Rentabilität der Eisenbahn. Die Industrie wünscht Ueberführung dieser Betriebe in den Privatbesitz, weil die Verwaltung eines solchen Riesenunternehmens in einem demokratischen Lande immer politischen und parlamentarischen Einflüssen unterliegt.“ Das heißt: Sinnes will die Republik zu seinem Werkzeug machen. Alle anderen politischen Einflüsse sollen ausgeschaltet werden. Das Großkapital will die unumschränkte Herrschaft im Staate. Das versteht Sinnes unter „Sanierung“ des Reiches.

Und weiter sagt Bücher: „Der große Gedanke der Industrie ist, Goldwerte im Inland zu schaffen, so daß, wenn die große Sanierung kommt, mit vollendeten Produktionsmitteln und einer wirklichen Kreditwürdigkeit den äußeren Ereignissen entgegengekehrt werden kann.“ Sinnes will also aus den deutschen Arbeitern Goldwerte herauszujubeln, um eine selbständige imperialistische Politik zu treiben und Deutschland wieder in neue Konflikte hineinzureißen.

Die Arbeiterklasse muß jetzt die Augen offen halten, um zu verhindern, daß Sinnes die Republik zu seinem Industrieherzogtum macht. So wie die große Koalition den Boden für die Herrschaft des Großkapitals vorbereiten wollte, so wird auch jetzt versucht, die Gewerkschaften durch die Arbeitergemeinschaften zu Werkzeugen der Raubpläne des Großkapitals zu machen.

Die Arbeiter müssen darauf bringen, daß die Gewerkschaften gegenüber den Vordrängen der Sinnes festbleiben und den Kampf um Garantien gegen die Herrschaftsgelüste des Großkapitals aufnehmen.

Die Arbeiterklasse muß den Kampf gegen alle offenen und verdeckten Sinneskoalitionen aufnehmen. Der „Vorwärts“, der einmal die Kreditanleihe als Dauergegenstand bezeichnete, wagt jetzt nach der Bildung der großen Koalition in Preußen nur noch zu jammern, ob nicht doch eine Erfassung der Sachwerte besser sei.

Wir sind mit der „Freiheit“ vollkommen einverstanden, wenn sie schreibt, daß die Stunde keine Halbheiten dulde. Die Industrie hat durch ihre Behinmung, die auf politische Diktatur von Sinnes hinauslaufen, gezeigt, daß der ganze Kampf um die Goldwerte ein politischer Kampf ist. Nur dann kann die Erfassung der Goldwerte durchgeführt werden, wenn die Massen sie erzwingen. Das kann nicht mit, sondern gegen alle Bundesgenossen von Sinnes geschehen.

## Stresemann über die Reparationszahlungen.

11. November, 14. November.

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Mittelrhein der Deutschen Volkspartei hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann gestern in Berlin eine Rede über die politische Lage. Seine Ausführungen über die ausstehende Frage lauten in folgenden Forderungen zusammen: 1. Die Reparationssumme ist in der Höhe, in der sie heute verlangt wird, von uns nicht zu leisten. 2. Neben der Abschaffung der Reparationssumme muß die Forderung beseitigt werden, die die Zahlung in ausländischen Devisen betrifft. 3. Wir müssen zurückkommen auf den Weg der internationalen Anleihe, damit die anderen Länder mit dem Vertrauen, die durch den Krieg verursachten finanziellen Schäden mehr und mehr anzuschließen. 4. Die Kräfte der anderen Völker müssen gestärkt werden, um die Schuldfrage zu lösen. Das sollte die oberste Aufgabe des unabhängigen Rates sein, eine Gegenpartei gegen die Schuldländer zu schaffen. Im zweiten Teil seiner Rede verteidigte Dr. Stresemann den Beschluß der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung einzutreten zu sein. Er wies dar-

auf hin, daß es falsch sei, nur in der Opposition zu verharren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die gemäßigten Deutschen nicht mehr lange fernsehen würden.

Nach einer anderen Meinung soll sich Stresemann auch scharf gegen die Erfassung der Sachwerte geäußert haben. Was die anderen Forderungen Stresemanns anbelangt, so ist das die alte Sinnesche „Nichterfüllungsparole“, mit der die Abwälzung der Steuer auf die Arbeiter gerechtfertigt werden soll; die internationale Anleihe ist nichts als eine Umschreibung der Kreditation.

Wenn Stresemann die Wiederaufrüstung der Schuldfrage und den Eintritt der Deutschen in die preussische Regierung fordert, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor die Stütze der monarchistischen Gegenrevolution ist. Seite an Seite mit Sinnes steht Ludenborff.

## Der Beamtenbund gegen die Sinnesierung.

Der Deutsche Beamtenbund verbreitet durch das Volkische Telegraphenbüro folgende Rundgebung:

Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt, und wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, die Not des Reiches auszunutzen, um die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privathand zu bringen. Die Kreditation, die ursprünglich als eine patriotische Geste ausgegeben wurde, soll nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzt werden. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig ist, kann ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gefunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamtenchaft sind auch alle anderen im deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbstständige, mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.

Die Beamten müssen die Forderungen ziehen und sich in die Einheitsfront des Proletariats einreihen, um die Raubpläne des Großkapitals, die auch sie treffen, abzuwehren.

## „Gegen die Finanzwirtschaft.“

Am zweiten Tage der Konferenz der Ortsauslässe des ADGB und der Asa der Provinz Brandenburg wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die „freie Verhöhnung“, den „wirtschaftlichen und politischen Raubzug“ des deutschen Industriekapitals wendet und statt dessen einen Rückgriff auf die freiwillig bisher verschont gebliebenen Sachwerte in Handel, Industrie und Landwirtschaft verlangt. Nur so könne ohne Benutzung der roten Presse das Gleichgewicht im deutschen Staatshaushalt hergestellt werden. Zum Schluß heißt es:

„Sie richten an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an den Allgemeinen freien Angestelltenbund die Aufforderung, bei der Regierung den Versuch der Schwerindustrie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie müssen die Öffentlichkeit und insbesondere die gesamte Arbeitergemeinschaft aufrufen, den Verberb der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeitergemeinschaft aufzuhalten und dafür zu sorgen, daß das Kapital als der Nutznießer des Krieges wie des Nachkriegslebens endlich in solchem Ausmaße durch die Erfassung der Sachwerte herangezogen wird, wie es zur Herstellung unserer finanziellen Gesundung notwendig ist.“

An dieser Resolution, die inhaltlich richtig ist, vermissen wir, daß den Arbeitern und Angestellten gesagt wird, daß nur sie selber und niemand anders diese Maßnahmen durchführen können.

## Der Dollar auf 257 gesunken.

An der gestrigen Börse gingen alle fremden Devisen stark zurück. So sank der Dollar von 282 um 8 Uhr im Laufe des Vormittags bis auf 268, um 12 Uhr notierte er mit 267, 100 holländische Gulden, für die man um 9 Uhr 9800 Mark zahlte, gingen auf 8900 Mark zurück. Die Spekulation der Börse wurde von verschiedenen Gerüchten beeinflusst: einmal soll die Regierung mitgeteilt haben, daß die Summen für die nachstehenden Entschädigungszahlungen größtenteils bereit liegen; zum anderen soll für diese Zahlungen durch die Reparationskommission ein Aufschub gewährt worden sein.

Die starke Nachfrage nach Inlandswerten aller Art hat gleichfalls nachgelassen, die Kurse von Montanwerten waren schwächer. In die Höhe gingen Maschinenfabrikation, Waggonfabrikation, Textilwerte und Wertpapiere.

## Große Koalition auch in Braunschweig?

Zwischen der SPD- und USP-Fraktion des Braunschweiger Landtages sind Mißverständnisse ausgebrochen, die in ihrer weiteren Folge das Fortbestehen der sozialistischen Regierung als fraglich erscheinen lassen. Die SPD hat in einer Fraktionenschiebung das Verhalten der unabhängigen Fraktion in den letzten Landtagsitzungen gemißbilligt. Bekanntlich waren in der Braunschweiger Landesversammlung nach Agrarigen Bürgerlicher auf den Unabhängigen Ministerpräsidenten Dertter große Zumutungen entstanden. Jetzt läßt die SPD die beiden unabhängigen Minister Dertter und Junde, die vom bürgerlichen Landeswahlverband angegriffen waren, fallen, während sie ausdrücklich den Schutz der sozialdemokratischen Minister Anrid und Steinbrecher betont.

Der Sinn dieses Verhaltens der Sozialdemokraten im Braunschweiger Landtag wird klar, wenn man eine Anfrage in Betracht zieht, die der Landesverband der Demokratischen Partei am 14. November an die Vorstände der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie gerichtet hat. Die Demokraten befragen die betreffenden Parteien, ob sie bereit seien, mit den Demokraten zusammen gemeinsame Schritte zur Verwirklichung des Mittelstandsgedankens zu tun. Ein rein sozialistisches Kabinett könne das Volk nicht befriedigen, ebensowenig ein rein bürgerliches. Dem Beispiel Preußens müsse auch Braunschweig folgen.

Wir sehen keinen Zweifel daran, daß die SPD, wenn nicht schon jetzt so doch sehr bald bereit sein wird, in Braunschweig die sozialistische Regierung zu führen und mit den Kap-



talistischen Parteien sich zu verbünden. Für die Unabhängigen wird es Zeit, in politischen wie gewerkschaftlichen Dingen, die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Führern, die zu Einnahme wollen, anzugehen. Das würde den Klärungsprozess im Proletariat nur fördern.

## SPD.-Führer.

### Leinert Aufsichtsrat im Rheinland-Konzern.

Samstag, 15. Oktober.

Die „Niederländische Arbeiterzeitung“ bringt eine aufsehenerregende Meldung. Danach soll der rechtssozialistische Oberbürgermeister und Landtagspräsident Leinert in Verhandlungen mit dem Rheinland-Konzern einen zweifachen Verkauf der hannoverschen Hafenanlagen an den Konzern. Leinert soll dafür in den Aufsichtsrat eintreten. Der Senator Döhrendorf soll Direktor des Konzerns werden.

Außerdem veröffentlicht die „Niederländische Arbeiterzeitung“ große Lebensmittelschwankungen des mehrheitssozialistischen Senatspräsidenten. Die Erregung der Bevölkerung ist groß.

Herr Leinert hat bekanntlich den Posten eines preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt, weil ihm die volle Funktion nicht zugesichert werden konnte. Nun scheint es, daß ihm auch der Posten eines Oberbürgermeisters nicht befriedigt. Leinert soll in den Aufsichtsrat des Rheinland-Konzerns, was selbstverständlich nur als Gegenleistung für seine „Bemühungen“ beim Verkauf der Hafenanlagen geschieht.

Die SPD-Führer machen es den bürgerlichen Parteiführern nach. Es genügt ihnen keine Staatsposten mehr, sie wollen unmittelbar an den kapitalistischen Unternehmungen beteiligt sein. Der Weg zu Einnahme geht nicht nur über die Politik, auch die Wirtschaft wird in die „Interessensphäre“ der SPD-Führer einbezogen. Die ersten Folgen der Situationskoalition sind bereits sichtbar.

## Der Wiederaufbau Oppaus.

Mit dem Wiederaufbau der in Oppau durch die Explosion zerstörten Häuser ist noch nicht begonnen worden. Es sind bis jetzt erst die Schutzmassen beseitigt und die Wiederherstellung der nur teilweise zerstörten Häuser ist beendet worden. Über 300 Hauptgebäude und eben so viele Scheunen und Ställe usw. müssen vollständig neu erbaut werden. Die bisher gesammelten und vom Reich und den Ländern zur Verfügung gestellten Gelder reichen bei weitem nicht zum Aufbau Oppaus aus. Es muß deshalb nach wie vor gefordert werden, daß das chemische Kapital für den gesamten Schaden des Unglücksfalls aufkommt, denn er ist nur die Folge eines wahnsinnigen Antriebsystems, das dem Kapital der chemischen Industrie gewaltige Profite gebracht hat. Wenn das Reich und die Länder aus den Taschen der Steuerzahler die so notwendige Hilfe für Oppau leisten, ohne von der chemischen Industrie die volle Ersatzpflicht zu verlangen, so geben sie damit auch neue Millionen Mark Liebesgaben an das Industriekapital und bedecken das Verbrechen, das durch die badischen Anilinwerke an der Arbeiterschaft getrieben wurde.

## Explosion einer rheinischen Oelfabrik.

TU. Wiesbaden, 15. November.

Gestern mittag sind in der dem Bahnhof D o p h e l m gegenüber gelegenen Oelfabrik 30 000 Liter Benzin, die dort im Keller in Tanks lagerten, explodiert. Die Folgen waren furchtbar, und das große erst vor zwei Jahren aus Beton, Eisen und Steinen erbaute Fabrikgebäude ist vollständig zerstört. Sechs Personen, die sich zur Zeit des Unglücks im Keller befanden, liegen unter den Trümmern begraben. Auch benachbarte Fabrikgebäude wurden zum Teil erheblich beschädigt, besonders die Metallwarenfabrik M. S. Bender. Hier befanden sich noch einhundert Arbeiterinnen gerade beim Mittagessen im Speisesaal. Sie wurden zum größten Teil mehr oder weniger schwer durch Glassplitter verletzt. Auch das Stationsgebäude des Daghheimer Bahnhofes hat schwer gelitten. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Auch die großen Oelvorräte der Fabrik sind in Brand geraten. Die Ursache der Explosion ist unbekannt, da die Personen, die sich zur Zeit des Unglücks im Kellerraum befanden, tot sind.

## Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein  
Nachdruck verboten.

Eigentlich arbeitete er für sechs, lief so viel umher, jeder erließ seine Befehle ihm und auch für Marzichazy mußte alles er erledigen, denn dieser arbeitete ja nichts, spielte bloß den Herrn, kritisierte umher und war mit den Arbeitern groß. Nun war er ebenfalls aus der anderen Gemartung herbeigekommen und hatte des Handels. Seine winzigen runden Augen blinzelten jeige, schauten mit erschrockener Besorgnis und mit irgendeiner jenen großen Traurigkeit aus dem bürgerlichen, mageren Gesicht. Da die Fremden kamen, versuchte er dreimal, sich ihnen anzuschließen. Während sie vor der Schwelle ihre Schuhe reinigten, trat er auf sie zu. Er räusperte sich rucklos, schob sich hin und her, zerrte mit der linken Hand nervös an dem ungepflügten Bart, zog sich dann von neuem zurück. Der Verwalter blickte höhnisch über ihn hinweg, beachtete ihn nicht einmal.  
„Hör und wieder stelle er sich sogar mit seinem großen Körper vor ihn hin, und da verschwand das kleine Männlein vollkommen. In seiner qualvollen Verwirrung lauerte er glückselig Abels Worten, die nun auf ihn niederprasselten.“  
„Wo haben Sie sich denn herumgetrieben?“ fuhr ihn Abel an, mit bei ihm ungewohnter Härte.  
Dies war der einzige Mensch — ein armer, unbeholfener, entfernter Verwandter mit sechs Kindern — mit dem Abel bloß sprach und harsch sprach. Zu diesem einen Menschen konnte er groß sein. Er, der selbst mit seinem Richter stets gesichtlos saß und niemals befremdet sprach, war zu diesem kleinen armen, auf ihn angewiesenen, anglikischen, wie jedem getretenen, verachteten, zu dem hundertmaligen und demütigen Verwandten hoffärtig und rüchlos. Abel bemerkte dies auch oft, ärgerte sich, versuchte sich aber nicht zu beherrschen, tat es bei der nächsten Gelegenheit ebenso. Das unbeholfene Wesen dieses Mannes war so hoffnungslos hemmt, daß Abels Überlegenheit, die er anderen gegenüber im Jauch hielt, diesem Menschen gegenüber zu ihm so gewaltig überhandnahm. Abels Ringe ließ er unruhig herumhängen bis zu den Ohren erst, und er entschuldigte sich mit bebender Stimme, daß er nicht ungelassen kommen wollte.  
„Wo, stellen Sie sich doch vor!“ — versetzte Abel.  
„Weiß ich mein Name“ — sagte er, sich an die Fremden

## Arbeiter, Arbeiterinnen!

Es sind eure Klassengenossen, die von der Reaktion in der deutschen Revolution ermordet wurden. Es ist eure Pflicht, den Angehörigen der auf dem Mar der Freiheit gestellten Klassen zu helfen, die Hilfe angeheben zu lassen, die sie benötigen, um nicht zusammenzubrechen. Die „rote Hilfe“ ist die Organisation, die die Verteilung der von euch aufgetriebenen Mittel an alle Unterstützungsbedürftige, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, übernimmt.  
Weht für die „rote Hilfe“! Volkshaus Berlin 109 676.

## Der Generallstreik in Rom.

Die italienische Presse veröffentlicht jetzt Einzelheiten über die Ereignisse in Rom. Anlässlich des Nationalkongresses der Fasisten, der italienischen Orgeschleite, marschierten zahlreiche Gruppen von Fasisten mit Medaillen und Fahnen durch die Straßen Roms. Sie provozierten auf alle erdenkliche Art die Arbeiter. Frühmorgens am 9. November kam es an verschiedenen Orten zu Schlägereien und Tumulten. Die Regierung ließ Sicherheitspolizei (königliche Garde) aufmarschieren, die sich jedoch passiv verhielt, soweit sie nicht offen mit den Fasisten sympathisierte. Immer neue Fasisten strömten mit der Eisenbahn auf eigene zu ihrer Verfügung gestellten Waggons nach Rom. Die Eisenbahner waren schließlich nicht mehr gewillt, die fortwährenden Herausforderungen der Fasisten zu dulden. Sie leisteten Widerstand und weigerten sich, die Fasisten sympathisierende. Immer neue Fasisten strömten mit salbe. Die Eisenbahner schraubten Steine gegen die Fasistenzüge. Auf der kleinen Station Fontanaccio kam es zu einer regelrechten Schlacht. Der Eisenbahner Guglielmo Ferraris wurde dabei schwer verwundet und starb bald danach.

Als diese Ereignisse in Rom bekannt wurden, bemächtigte sich des Proletariats eine ungeheure Erregung. Die Eisenbahner legten spontan die Arbeit nieder. Die fahrplankmäßig abgehenden Züge wurden aufgehoben. Massenversammlungen fanden im Volkshaus statt.

Am Nachmittag wurde der Generallstreik proklamiert. Das „Komitee für proletarische Verteidigung“, bestehend aus Vertretern aller Parteien, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten, tagte gemeinsam mit den Vertretern der beiden Arbeitskammern, der gewerkschaftlichen und der syndikalistischen, und beschloß, den Generallstreik für alle Berufsgruppen über Rom und die gesamte Provinz zu verhängen. Einige Betriebe hatten bereits am Nachmittag die Arbeit eingestellt. Um Mitternacht war der Ausstand allgemeine. Keine einzige bürgerliche Zeitung durfte erscheinen. In dem Arbeiterbiergarten von San Lorenzo kam es zu einem Kampf zwischen der Bevölkerung und durchgehenden Fasisten. Zwei Fasisten wurden dabei verwundet, einer getötet. Die Regierung ließ darauf die Stadt militärisch besetzen. Der Hauptbahnhof wurde mit Panzerautos und Maschinengewehren umstellt. Die Fasisten verhielten sich daraufhin ruhig.

Die kraftvolle Aktion des römischen Proletariats zeigt, was eine einheitliche Kampfesschloß der Arbeiter vermag.

Die Führer der italienischen Rechtssozialisten, gezwungen durch den Druck der sozialistischen Arbeitermassen, bildeten im Kampf gegen die Reaktion gemeinsam mit den Kommunisten „Komitee für proletarische Verteidigung“. Das Beispiel des römischen Generallstreiks lehrt, daß dies nur zum Besten der Arbeiterklasse dient. Aufgabe der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter ist es, ihre Partei- und Gewerkschaftsführer zu zwingen, diesem Beispiel zu folgen.

## Die Washingtoner Konferenz.

Aus Washington liegen Nachrichten von irgendwelcher Wichtigkeit nicht vor. Die Diskussion in der englischen Presse über die Konferenz wird mit großer Erregung fortgesetzt. Im Zentrum der Betrachtungen steht das Bündnis mit Japan. Auch der „Daily Chronicle“, das Organ Lloyd George's, tritt in einem sehr gewundenen Artikel für die Lösung des Bündnisses mit Japan ein. In demselben Artikel wird über die amerikanische Stimmung berichtet. Man halte es in Amerika für selbstverständlich, daß England das Bündnis mit Japan löse, und ein positives Ergebnis der Konferenz hängt vollständig von dieser Frage ab. Die Japanseindeutigkeit der Amerikaner ist ganz offen, sie zeigt sich z. B. in der Ausschmückung des Versammlungssaals. Alle Flaggen der vertretenen Mächte

seien dort zu sehen, die japanische Flagge aber suche man vergeblich.

Die japanischen Vertreter werden in der heutigen Sitzung wahrscheinlich noch keine bestimmte Erklärung abgeben, da sie vorher mit den in Tokio verbliebenen Marinefachverständigen Verbindung aufnehmen müssen. Soviel scheint indessen sicher, daß sich der Hauptgegenstand Japan auf die Frage der Befestigungen im Pazifischen Ozean beziehen wird. Diese Befestigungen werden in der Rede des Staatssekretärs Hughes nicht erwähnt. Japan wird wahrscheinlich verlangen, daß diese Befestigungen besetzt werden, oder daß sie einer strengen Kontrolle unterworfen werden müssen, um keine Bedrohung für die Sicherheit Japans zu bilden. Außerdem werden die japanischen Vertreter eine Aenderung des Verhältnisses des Flottenbestandes zugunsten Japans verlangen.

## Amtsenthbung

### des englischen Weismanns.

Der englische Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Sir Basil Thompson ist plötzlich seines Dienstes enthoben worden. Es soll sich um Differenzen handeln, die er mit dem vom englischen Kabinett eingesetzten Chef des Sicherheitsdienstes, General Sir Fortwood, hatte.

Thompson, der englische Oberstpolizist, ist ein berüchtigter Arbeiterfeind, Kommunifensüger und Sügenfabrikant. Er stand in engster Beziehung mit dem preussischen Oberstpolizist Weismann.

## Der österreichische Finanz-Banterott.

In der Dienstags-Sitzung des Nationalrates wird die Bundesregierung das Budget für 1922 einbringen, das ein Defizit von ungefähr 150 Milliarden Kronen aufweist. Die über das Finanzprogramm der Regierung schwebenden Verhandlungen sind zum großen Teil abgeschlossen und es kann als ein Zeichen des Vertrauens des Auslandes gewertet werden, daß es zum ersten Male ohne besondere Sicherstellung gelungen ist, die Getreideversorgung und auch einen großen Teil der übrigen Lebensmittelversorgung auf mehrere Monate hinaus zu gewährleisten. Der Nationalrat genehmigte die Gesetze über die notwendige Einstellung der Zuschüsse, den Beamtenaufbau und die sonstigen Maßnahmen.

## Oesterreichische Truppen besetzen das Burgenland.

Die österreichischen Truppen in der Stärke von 20 000 Mann haben mit der Besetzung des Burgenlandes begonnen. Da die ungarischen Banden das Gebiet vorher geräumt hatten, kam es zu keinen Zusammenstoßen. Ueber die Modalitäten bei der Abstimung im Bezirk Debrecen wird in Wien verhandelt. Voraussichtlich wird die Abstimung Ende November erfolgen.

## Aus Horthy-Ungarn.

In Horthy-Ungarn ist das Ministerium Bethlen zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte angeblich deshalb, weil die aus dem Burgenland zurückgekehrten Banden Aufhebungen verursacht. Horthy wird Graf Bethlen abermals mit der Regierungsbildung beauftragen. Bethlen wird verlangen, daß man ihm zur „Herstellung der Ruhe und Ordnung“ vollkommen freie Hand läßt.

Angewidert soll sich die abermalige Verschärfung der Diktatur gegen die Offiziersbänden richten. In Wirklichkeit richtet sie sich wiederum gegen das Proletariat und das Kleinbürgertum. Um die Öffentlichkeit vor der Beschäftigung mit den Karlisten abzulenkten, hat die Budapester Polizei ein „kommunistisches Komplott“ aufgedeckt. Darüber wird gebräutet.

TU. Budapest, 15. November.

Die Polizei hat ein kommunistisches Komplott entdeckt. Etwa zehn Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Polizei hat wichtige Dokumente, Geld, Waffen, sowie eine Liste entdeckt, die die Namen der Politiker und der Polizeigenossen enthielt, die im Falle eines Regimewechsels zu töten wären.

Des Schwindelhafter dieser Wadlung liegt auf der Hand. Wer hält die Kommunisten für so dumme, daß sie eine Liste von Todesandidaten schriftlich fixieren? Aber die aufgeregten Gemüter in Budapest wollen Opfer haben. Und da man nicht daran denkt, die karlistischen Verächler zu opfern, macht man einigen Proletariern den Prozeß.

„Herr Abel“ — erlangen nun des widertragenden Mannes erhobene Worte — dieses Geld müssen Sie herausgeben, weil sonst das Revolutionsgericht mit Ihnen abrechnen wird.“

Er schaute auf Marzichazy. Dieser saß gleichgültig auf seinem Stuhl, hielt die Zigarre vors Gesicht und blies den Rauch mit großer Sorgfalt über die graue Aschenmütze hinweg. Die ganze Sache interessierte ihn nicht.

Was soll er nun mit diesem Menschen beginnen? Soll er ihm die Wahrheit ins Gesicht schmeißen? Soll er gegen ihn Anklage erheben? Vor wem? Er, der Bourgeois, der Gutbesitzer? Er hat keine Lust dazu. Und nun glühte in ihm heftig, wie eine plötzliche Dummheit, die Sehnsucht nach Überlegenheit auf, die Sehnsucht des Verachtens aus vornehmer Höhe; eine Geberde flüchte durch seine Gedanken, die auch unwillkürlich hersehender Geberde jüdischer Großmut, die da anspricht: du bist stolz und prahlischer, verabscheue, verachte und behauere mich, du bist ein Genie, ich bin bloß ein Jude, bin aber trotzdem vornehmer als du.

Er jögerte noch eine Weile, als hätte er nach, dann sagte er gelassen:

„Ja, ja, ich erhielt das Geld, selbstverständlich! Ich verneue gar nicht, wie dies geschehen konnte, sicherlich aus Zerknirschtheit, freilich, freilich, ich ließ es gar nicht hierher überweisen, sondern nach Budapest... Bitte, lassen Sie das Geld von meinem Bankbebot beschlagnahmen und der Produktionsgenossenschaft anweisen.“

„Es ist in Ordnung“ — antwortete der widertragende Mann nichttränisch und war gar nicht mehr freundlich. — „Wir werden hierüber sofort ein Protokoll aufnehmen, und Sie werden es unterschreiben.“

„Bitte“

„Nun schaute Abel zu Marzichazy hinüber. Doch vermochte er keinen Blick von ihm aufzuheben, verlor dadurch die Geunung. Sein Verwalter sprach voll lächelnder Vertraulichkeit mit dem einen Mitglied der Kommission.“

„Bei Gott“ — sagte er lachend — „schäufst sei mein Name, wenn ich dazu nur habel Marxus schließlich nicht, Sakrament noch einmal! Weßhalb soll nicht auch ich Produktionskommissar sein? Ist's nicht wahr?“

„Aber Sie sind kein Proletarier. Herr Verwalter! Wie wollen Sie zusammen mit Proletariern arbeiten?“

„Neh! Was heißt Proletarier? Sind denn Sie alle Proletarier? Abale!“

(Fortsetzung folgt)



# Aus dem Waldenburger Revier.

**Rothenbach.** Am 9. d. Mts. fand hier eine Volksversammlung von der SPD. statt. Als Referent erschien Schiller-Landesbrot, der genau dasselbe Referat hielt, wie vormittags in Gablan. Die freie Aussprache wollte der Versammlungsleiter nicht zulassen; dem energischen Eingreifen unserer Genossen ist es aber gelungen, dieses unerhörte Vorhaben zu verhindern. Und so kam Gen. Diebold zu Worte, der den Versuch machte, ein wahres Bild über die russischen Verhältnisse, Konzeptionen und Bedeutung der russischen Revolution für das Weltproletariat zu geben. Auch betonte der Genosse, daß der Referent keinen Ausweg aus dem Elend gezeigt hat, und versuchte, diesen Ausweg zu zeigen. Es meldete sich dann unser Genosse Mühl aus Landesbrot zu Worte, der Versammlungsleiter ließ ihn aber nicht sprechen, indem er dem Referenten einfach das Schlüsselwort erteilte. Nach Schluß der Versammlung haben wir für 45 Mark Marken für die Hungernden in Rußland verkauft.

**Rothenbach.** Opfer der Arbeit. Am 7. d. Mts. verunglückte auf der Abendröthe-Grube der Maschinenwärter Schreiber aus Landesbrot dadurch zu Tode, daß beim Fördern ein Kamrad der Hapfel gesprungen ist und ein Stück davon den Schreiber am Kopfe traf, so daß derselbe sofort tot war. Der über 40 Jahre alte Schreiber war Vater von drei Kindern.

**Rothenbach.** Am 6. November fand hier das Begräbnis des zu Tode verunglückten Hainers Ernst Ludwig von der Gustab-Grube statt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß eine Arbeitsbühne, auf der der Hauer mit seinem Lehrhauer stand, nachließ und beide etwa 30 Meter tief abfielen. Bei dem Hauer traf sofort der Tod ein, der Lehrhauer ist mit Hautabwürfungen davongelommen, was sich dadurch erklären läßt, daß der Hauer mit dem Kopfe nach unten, der Lehrhauer aber mit den Beinen zuerst abgestürzt ist. Selbst der Betriebsführer mußte zugeben, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, was ja auch der Hauer als sehr zuverlässig bekannt. Ich, der am Leben gebliebene Lehrhauer, frage nun die Kameraden: Ist es denn wahr, daß wir für unsere Arbeit zuviel verdienen, daß wir eine zu kurze Arbeitszeit haben und daß wir in der Grube faulenzeln? Bemerken will ich noch, daß der Betriebsführer und einige Steiger, die aus Westfalen zu uns gekommen sind, zum Begräbnis in Zivil erschienen sind, während die Belegschaft es für nötig hielt, in Uniform zu erscheinen.

**Rothenbach.** Von der Abendröthe-Grube hier können wir mitteilen, wie die Arbeiter ihrer Rechte immer mehr und mehr beraubt werden. Aus Anlaß des vierten Jahrestages der russischen Revolution wollte Gen. Diebold einen Vortrag über Rußland und sein Volk und über seine persönlichen Erlebnisse dortselbst halten. Es wurden diesbezügliche Anschläge auf beiden hiesigen Gruben gemacht. Auf der Gustab-Grube blieb der Ausgang ungestört hängen, auf der Abendröthe aber wurde er auf Veranlassung der Direktion sofort heruntergerissen, obwohl er von dem Betriebsrat abgestempelt war. Jetzt erklärt die Verwaltung von der Abendröthe, daß nur die jetzigen Belohnungen von Arbeitern auf dem Grubenhoje ausreichen können, die vorher von dem Betriebsführer vorgelegt worden sind und von ihm zum Aushängen genehmigt werden. Kameraden, wäre das auch am 9. November 1918 möglich gewesen?

**Gablan.** Am 9. d. Mts. fand hier eine von der SPD. einberufene Volksversammlung statt. Als Referent erschien der neue Parteisekretär Schiller aus Landesbrot. In seinem Referat hat er nichts Neues gebracht: Das alte Lied von der Umreise der Massen, Trauer um Oberschlesien, Lob für Demokratie und Parlamentarismus. Allerdings gab auch er zu, daß das Proletariat gar keine Veranlassung hat, den 9. November als Feiertag zu begehen. Auch sprach er von der Notwendigkeit der Einheitsfront und versuchte diese dadurch herzustellen, daß er bei jeder Gelegenheit die KP. herunterzuziehen suchte. So war es denn unseren Genossen nicht schwer, in der Diskussion den Kameraden klar zu machen, daß nur die Diktatur uns aus dem Elend retten kann. Der beste Beweis, daß die Kameraden uns Recht geben, ist der, daß nach Schluß der Versammlung es unseren Genossen gelungen ist, einige Broschüren und für 42 Mark Marken für die Rußlandhilfe zu verkaufen.

**Gotteberg.** Zu einer recht imbojanten und würdigen Versammlung gestaltete sich die in unserem Orte angesetzte am Mittwoch, dem 2. d. Mts. im Hotel zum „Schwarzen Roß“, in der Genosse Klein sprach. Der Referent verstand es, die Anwesenden durch seine leicht verständlichen Ausführungen, die er gab, davon zu überzeugen, wie notwendig es sei, daß sich die Arbeiter zusammenschließen müssen und einzig sein müssen, um geschlossen in den Kampf einzutreten zu können, wenn die Reaktion zum Schläge gegen das Proletariat ansetzt. Nur so können wir, wenn die Front des Proletariats durch Einigkeit und festen Zusammenhalt dem Kapitalismus entgegentritt, den Sieg erringen und die reaktionären, monarchistischen Elemente aus Politik und Verwaltung hinausbesorgen, dann werden solche Schwach- und Schandurteile, wie sie das Proletariat jetzt durchwandern muß, nicht mehr vorkommen. In der Diskussion sprach Gen. Kessler noch einige Worte, und auch er verstand es, die anwesenden Versammlungsbesucher zu fesseln. Es wurde sogar noch nach der Versammlung ein Banisch geäußert. Das Bemerkenswerte aber von der Sache ist, daß es SPD-Leute waren, die den Banisch äußerten, Gen. Kessler möge ihnen recht oft eine solche anstehende gute Versammlung am Orte zuteil werden lassen. Man kann sagen, es geht auch hier vorwärts. Darum auf, Proletariat, hebt und erhebt, wo Euer Platz ist. Arbeiter aller Parteirichtungen! Ist der Platz an der Seite der Führer, die Euch an Stimmes vertreten wollen, oder ist der Platz an der Seite des kämpfenden Proletariats? Die Wahl wird nicht schwer sein.

# Aus der Provinz.

## Reiserversammlung im Riesengebirge.

Am Sonnabend, dem 5. November, fand in Langenbielau eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt. Genosse Klein referierte über: „Die Segensrevolution in der schlesischen Verwaltung und Politik“. Er leitete

seinen Vortrag ein mit der Feststellung, daß es den vereinten Bemühungen der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften in Breslau gelungen ist, den größten Teil der politisch Inhaftierten aus den Klauen unserer so überaus gerechten Justiz zu befreien. Die Arbeiterchaft brauchte nicht einmal zu den schärfsten Mitteln zu greifen. Es genügt in diesem Falle das bloße Zusammengehen aller Arbeiterparteien. Das Bürgertum fürchtet eben die Einheitsfront des Proletariats mehr, wie der Teufel das Weihwasser. Die Konterrevolution feiert nicht bloß in Schlesien Orgien, sondern sie geht in ganz Deutschland zielbewußt vor. Sie entreißt der Arbeiterschaft eine Position nach der andern. Unter diesen Umständen ist es ebenfalls notwendig, daß sich die deutsche Arbeiterschaft mehr um Rußland bekümmert. Die internationale Bourgeoisie lauert bloß auf den Moment, wo sie den Stützpunkt der revolutionären Arbeiterschaft (Rußland) an die Gurgel springen kann. Darum ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, in ihren Parteien und Gewerkschaften dahin zu wirken, daß diesen konterrevolutionären Mächtschäften gegen Rußland ein eiserner Ball von internationaler, proletarischer Solidarität entgegengesetzt wird. Dann nahm Genosse Klein den ober-schlesischen Rummet unter die Lupe. Drei Tage, Landestrainer! Welch eine Heuchelei der Bourgeoisie. Bei Sekt und Weibern trauert sie um Oberschlesien. Aber trotz alledem benutzt diese Gesellschaft diese Gelegenheit, um eine nationalstafische Hege zu entfachen. Für Deutschland ist doch keine Möglichkeit vorhanden, Oberschlesien mit Waffengewalt für sich zu behalten. Man kann wohl Arbeiter mit Maschinengewehren und Handgranaten zu Paaren treiben, aber nicht die Entente. Das wissen die Herrschaften auch ganz gut. Ihnen kommt es ja auch nur darauf an, geheime Orgeformationen in Oberschlesien zu stationieren, um diese Sakentkrenzler im geeigneten Moment auf daß, durch die elende wirtschaftliche Lage, sich verzweifelt weh-

# Sowjet-Rußland

in Bild und Wort

Donnerstag, 17. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Bräuer, Popelwigstr. 36 findet ein öffentlicher

## Lichtbilder-Vortrag

Eintritt für Erwachsene 2.— M., Kinder 0.50 M.

## Helft den hungernden Arbeitern und Bauern Sowjet-Rußlands!

Hilfskomitee für Sowjet-Rußland.

rende Proletariat stürzen zu lassen. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, diese Gesellschaft im Auge zu behalten. Damit allein ist es aber nicht getan. Die Arbeiter müssen diesen Feinden der Republik zuvorkommen, sie entwaffnen und die geistigen Führer hinter Schloß und Riegel bringen. Unerläßt dies die Arbeiterschaft, dann wehe ihr. Dann geißelte der Referent noch, daß eine Anzahl von Genossen in Haft behalten worden sind. Als Grund gibt der Staatsanwalt an, sie hätten eine rote Armee in Schlesien bilden wollen, um damit im Herbst 1921 die Räterepublik anzuzuziehen. Der Herr Staatsanwalt glaubt doch im Ernst selbst nicht, daß die kommunistische Partei solche Ziel zu Mitgliedern hat, die ausgerechnet in dem am meisten in der Arbeiterbewegung zurückgebliebenen Schlesien ein Revolutionchen machen wollen. Also heraus mit unsren unschuldig in Untersuchungshaft befindlichen Genossen. Dann freizette Genosse Klein die wirtschaftliche Lage des Proletariats. Der kommende Winter wird die Arbeiterschaft in eine verzweifelte Lage bringen. Es wird der Arbeiterschaft nicht mehr möglich sein, auch bei der spärlichsten Lebensweise ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Und in diesem Augenblick fallen die führenden Kreise der SPD. den Proletariaten in den Rücken, indem sie Stimmes die Hand zum Rucke reichen. Kann es eine größere Tragödie geben? Stimmes und Konjunktur brauchen doch bloß die Sozialdemokratie als Mittel zum Zweck, um die Arbeiterschaft besser und für sie gefahrloser schröpfen zu können. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft gegen solche Ränder geschlossene Front macht. Will die Arbeiterschaft sich nicht selbst aufgeben, und dazu hat sie gar keine Ursache, so muß sie die Einheitsfront herstellen, selbst über die Köpfe ihrer reformistischen Führer hinweg. Die Kommunisten sind immer bereit, mit der Sozialdemokratie zu gehen, wenn ehrliche Arbeiterpolitik getrieben wird.

Zu der darauf folgenden Diskussion fiel folgende Resolution aus der Mitte der Versammlung ein:

Die am 5. November in Langenbielau tagende öffentliche Versammlung legt den schärfsten Protest ein gegen das Verbot der öffentlichen Sammlungsstätigkeit für das durch die Ministerial in größte Hungernot geratene proletarische Rußland durch den schlesischen Oberpräsidenten. Wenn für nationalstafische und andere Zwecke öffentliche Sammlungen gestattet werden, so ist die Sammlung für Sowjetrußland, die ein Gebot der Menschlichkeit ist, schon aus Gründen der Gerechtigkeit auf jeden Fall zu gestatten.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann erhebt sich ein alter Arbeiter zum Wort. Er vertritt die Meinung, daß sich das Proletariat unter allen Umständen einigen muß. Denn nur so kann es der immer frecher werdenden Reaktion Herr werden. Er vertritt die Meinung der Genossen der SPD. Er war der Ansicht, daß sich ein Weg finden lassen muß, auf dem die drei Arbeiterparteien geschlossen gegen die Reaktion vorgehen können. Dann forderte er die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß bei der Feier des 9. November Arbeiter aller drei Arbeiterparteien zu Wort kommen sollen. Ein

Antrag wurde gestellt, aus jeder Partei einen Genossen zu wählen, die bei der leitenden Stelle der hiesigen SPD. vorstellig werden sollten, damit der Tag der Revolution einheitlich gefeiert werden kann. Dieser Antrag fand begeisterte Annahme. Es meldeten sich noch einige Versammlungsbesucher zum Wort, sie alle betonten, daß die Einheitsfront des Proletariats unbedingt geschaffen werden muß.

Dann hielt Genosse Klein das Schlüsselwort. Er sagte den Anwesenden, daß die Einheitsfront nur von der arbeitenden Masse selbst geschaffen werden kann. Dann sagte er noch einiges über die Ziele und Wege der kommunistischen Partei. In manchen Köpfen spukt noch der Gedanke, die kommunistische Partei sei so was Ähnliches, wie eine Räuberbande. Man macht ihr den Vorwurf, sie wolle unter allen Umständen den Bürgerkrieg. Wir leben doch in einem ständigen Bürgerkrieg. Erinnern wir uns doch der Massenmorde von 1914—1918, der unzähligen Opfer, welche die Unterernährung unter den Proletariaten forderte, der Lausende, die jährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen. Das ist Bürgerkrieg. Sind daran etwa die Kommunisten schuld. Nur die Bourgeoisie ist es, die aus diesen Blutopfern ihre Profite zieht. Diesen Jammer, dieses Elend auf der Welt zu beseitigen, ist das Ziel der kommunistischen Partei. Losender Beifall wurde dem Genossen Klein zuteil für sein vorzügliches Referat. Darauf schloß der Vorsitzende die überaus gut besuchte und vom besten Geist besetzte Versammlung. Der Erfolg der Versammlung war eine Einnahme von 138 M. für die Ortskasse. Eine Anzahl der Anwesenden ließen sich in die Partei aufnehmen, 10 Abonnenten auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wurden gewonnen.

## Landarbeiter, die ihren Feind erkennen!

Als der Streik der Landarbeiter abgebrochen werden sollte, fand in Göllschau eine Versammlung des deutschen Landarbeiterverbandes statt, die sich mit dem Ergebnis der Breslauer Verhandlungen beschäftigte. Zu dieser Versammlung waren auch erschienen die Gutbesitzer und Inspektoren. Die Landarbeiter erkannten die Gefahr und jagten die Junter aus der Versammlung hinaus.

Wir begrüßen diese Handlung der Landarbeiter, weil sie dadurch beweisen, sich nicht mehr ködern zu lassen und bereit sind zum Kampf gegen die Junter.

**Ziegenhals.** Fünf Wochen kämpfen bereits die hiesigen Tischlergesellen um Anerkennung des Reichsmantelvertrages. Wie frech und dickköpfig die Unternehmer sind, will ich hier besonders hervorheben. Am 21. Oktober luden uns die Unternehmer zu einer Verhandlung. Als unsere Verhandlungskommission dort erschien, wickelt jammersüßes Bild bekam sie beim Eintritt ins Verhandlungszimmer. Zwei Unternehmer saßen vollständig befoffen vor mehreren Weinsflaschen. Ein Herr vom Arbeitgeberschutzverband, Brieg, hatte es vorgezogen, rechtzeitig in ein Nebenzimmer zu verschwinden. So saßen diese Herren und hatten die ganze Nacht hindurch geschlemmt. Selbstverständlich konnten keine Verhandlungen stattfinden, denn mit vollgehoffenen Unternehmern läßt sich nicht verhandeln. Am 3. November fanden wieder Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Auch diese scheiterten. Am Sonntag, dem 6. November, wurde wieder verhandelt. Es wurde jedoch wieder keine Einigkeit erzielt, da der Arbeitgeberschutzverband Brieg sich zum Prinzip gemacht hat, in unsere Organisation Dresche zu schlagen, und er lehnte deshalb den Reichsmanteltarif mit der vierten Tarifklasse ruckweg ab. Am Sonnabend, dem 5. November, erschien im hiesigen Stadtblatt eine sogenannte Aufklärung der Arbeitgeber. Diese enthielt aber vollständig verdrehte Tatsachen, um die Bevölkerung gegen die Streikenden zu hegen. Auf diese Frechheit der Unternehmer wurde am Sonntagmittag mit einer Protestversammlung der gesamten Arbeiterschaft von Ziegenhals geantwortet. Hier wurden den Arbeitern die Augen geöffnet und sie darauf hingewiesen, daß dieser Kampf auch der ihrige ist.

**Ziegenhals.** In der letzten Quartalsversammlung der Fabrikarbeiter wurde beschlossen, bei den nächsten Lohnverhandlungen den Arbeitgebern in der schlesischen Papiere-, Pappen- und Zellstoff-Industrie die Forderung von 2 M. pro Stunde zu unterbreiten. Da die Teuerung in der letzten Zeit so enorm gestiegen ist und gerade in dieser Industrie noch Löhne von 240 Mark pro Woche an Familienhäupter gezahlt werden, während das Unternehmertum durch Auslandslieferungen an Amerika enorme Vastagewinne einheimt, so wäre es doch bald mal an der Zeit, mit allen Mitteln die Gewerkschaften zu zwingen, auch das Geforderte durchzusetzen. Aber ohne Kuhhandel wird es auch diesmal nicht abgehen, und die Leidtragenden werden wieder die Arbeiter sein.

**Weißelsdorf.** Im Proletariat aus dem Riesengebirge erwacht sich ein „Genosse“ über unseren Bericht über die Denkmalsentweihung in Weißelsdorf. „Mehrere Arbeiter“ erklären unseren Bericht für gehässig und unwahr, geben aber dann selbst zu, daß die Denkmalsfeier keine parteiische, sondern eine allgemeine Ortsfeier war. Deshalb habe die SPD. ihre rote Fahne nicht mitgebracht. Diese Arbeiter bestreiten aber nicht, daß der Kriegerverein mit schwarz-weiß-roter Fahne angetreten sei. Die SPD.-Arbeiter sind also der Meinung, daß die Fahne der Monarchisten nicht parteiisch sei und das Empfinden der Teilnehmer nicht stört. Wir sind der Meinung, daß selbst wenn der Kriegerverein mit einer schwarz-weiß-roten Fahne angetreten wäre, die SPD.-Arbeiter die Pflicht gehabt hätten, ihre rote Fahne mitzubringen. Das „Schwammgefühl“ war aber auf Seiten der Arbeiter, während die Monarchisten drüß und gottschändlich ihren monarchistischen Pappen enthielten.

**Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Segensrevolution, über das Treiben der „Selbstschutzorganisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.**

Redaktionsleiter: Richard Janss, Berlin. Verlag: Carl H. Scherl, Berlin. Druck: Friedrichshagen-Druck, G. m. b. H., Berlin SW 62, Tel. 28806 und 1857.